DIE STÜTZE

1. Jahrgang 10. April 1990 5/90

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Diese Ausgabe der STÜTZE erscheint unmittelbar vor dem Gründungskongreß unseres DDR-weiten Behindertenverbandes. Und sie wird die letzte sein, die wir – zwar mit viel Enthusiasmus, aber dennoch unverkennbar amateurhaft – nur so „nebenbei" herausgaben. Ab Anfang Mai wird sie regelmäßig 14täglich herauskommen. Der Verlag Volk und Gesundheit nimmt sie mit Freude in sein Verlagsprogramm auf. Von diesem Moment an können wir nicht nur ein Abbonnement garantieren, sondern auch dem Wunsch vieler von Ihnen entsprechen und einen Preis festsetzen: zunächst voraussichtlich 1,– M. Auch werden wir Werbung ermöglichen, darunter Kleinanzeigen, z. B. für Bekanntschaften.

Ein Teil des Überschusses kommt dem zukünftigen Verband zugute.

Ansonsten wird das Gesicht der STÜTZE bleiben, wie es ist: einfach, direkt, handlich, unaufwendig, leserorientiert – eine Zeitung von Menschen mit Behinderung für ihresgleichen, die Angehörigen, Freunde und ständigen Helfer selbstverständlich einbezogen.

Ich halte die operative, öffentliche Debatte unter uns für außerordentlich wichtig. Deshalb wird die ausführliche Leserbrief-Rubrik bleiben und die Redaktion rechnet fest mit Ihrer Schreiblust – oder auch mit der Wut, die Sie vielleicht zur Feder greifen läßt.

Heute, am Abend des Sonntag (25. März), bewegt mich noch etwas anderes: vor wenigen Stunden endete das zweite republikweite Vorbereitungstreffen für den Gründungskongreß. Im Berliner FEZ (ehemals Pionierpalast) trafen sich Bekannte wieder, die bereits in Rostock um die gemeinsame Sache stritten. Und wir lernten neue Freunde kennen, die mit dem gleichen Engagement zu Werke gehen. Zwei Tage

Inhalt:

Satzungsentwurf

Eine unbotmäßige Wortmeldung

Frauen und Behinderung

Interessengemeinschaft

AG Kultur

Auf allen Vieren durch die Wohnung

Neues aus Wandlitz

Post an uns

Infos

lang debattierten wird miteinander. Es gab Mißtrauen und Mißverständnisse, Anträge und Aufträge, laute Worte und Entschuldigungen, vor allem aber gab es das ernsthafte Streben nach Ergebnissen. Und so können wir dem Gründungskongreß einen abgestimmten Satzungs-Entwurf vorlegen. Mag er noch so unvollkommen sein, mag es auf dem Kongreß vielleicht heftige Einwände geben, wir halten jedenfalls ein Papier in der Hand, über das es sich reden läßt!
In diesen Debatten fiel auch eine Vorentscheidung über den Charakter des zukünftigen Verbandes: nach dem Abwägen zahlreicher Argumente halten wir es für angebracht, dem Kongreß vorzuschlagen, sich zu einem **Dachverband** zu konstituieren, in dem sich die Bezirks- bzw. Landesverbände sowie republikweit organisierte behinderungsspezifische Vereinigungen freiwillig zusammenschließen können. Damit glauben wir, dem förderalistischen Gedanken am besten entsprechen und zentralistischer Machtanhäufung vorbeugen zu können.
Viele Fragen blieben auch jetzt noch offen. So die nach dem endgültigen Namen des entstehenden Verbandes. Darüber werden die Delegierten des Kongresses entscheiden. Bisher sind solche Vorschläge im Gespräch wie: Die Andere Norm (DAN); Bund; Allgemeiner Deutscher Behindertenverband(ADB); Allgemeiner Behindertenbund (ABB); Unabhängiger Behindertenverband (UBV); Verband der Behinderten (VdB) u. ä.
In der nächsten Ausgabe der STÜTZE werden wir den neuen Namen laut und stolz aussprechen. Daß der Kongreß dieses Ergebnis (und noch einige andere) bringt, hoft

Ihr
Ilja Seifert

Behindertenverband der DDR e. V.

Satzung

— Entwurf —

§ 1 Bezeichnung, Rechtsformen, Sitz und Tätigkeitsbereich

(1) Der Dachverband führt den Namen (Name noch offen).

(2) Der Sitz des Verbandes ist Berlin.

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(4) Der Tätigkeitsbereich erstreckt sich vorläufig auf das Gebiet der DDR.

§ 2 Zweck und Ziele

(1) Der Behindertenverband der DDR ist eine parteienunabhängige, weltanschauungsübergreifende, demokratische und solidarische Selbsthilfeorganisation der Menschen mit Behinderung, deren Angehörigen und Freunden und weiteren engagierten Bürgern.

(2) In seiner Arbeit verfolgt der Verband ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Ziele und Zwecke.

(3) Der Behindertenverband der DDR wirkt schädigungsübergreifend als Interessenvertreter von betroffenen Menschen. Er gibt Beratung und Beistand für seine Mitglieder.

§ 3 Mitgliedschaft im Verband

(1) Verbände, Vereinigungen und Gruppen, die ihre Übereinstimmung mit den Zielen des Verbandes erklären, können dem Verband beitreten.

(2) Die Mitgliedschaft in den territorialen Verbänden, Vereinigungen und Gruppen steht allen Menschen mit Behinderungen, ihren Angehörigen, Freunden und Helfern mit Vollendung des 14. Lebensjahres offen.

(3) Die Beitrittserklärung in den Dachverband erfolgt schriftlich. Das Mitglied verpflichtet sich, die Satzung einzuhalten.

(4) Die Mitgliedschaft erlischt mit dem Austritt, durch Ausschluß oder Auflösung.

§ 4 Organe des Verbandes

(1) Höchstes Organ ist der Verbandstag (Kongreß). Er wird in der Regel alle zwei Jahre einberufen.

(2) Der Verbandstag nimmt die Berichte des zentralen Vorstandes und der Revisionskommission entgegen, bestätigt sie und beschließt über Anträge.

(3) Der Verbandstag wählt den zentralen Vorstand, die zentrale Revisionskommission sowie einen Präsidenten und drei Stellvertreter in direkter und geheimer Wahl.

Menschen mit Behinderung müssen mit mehr als 50 % im Vorstand vertreten sein.

(4) Dem Verbandstag gehören die Delegierten der Länderverbände an. Verbände und Vereinigungen ohne eigene Landes- bzw. Kreisstrukturen können entsprechend einem Schlüssel Delegierte entsenden.
Die Mitglieder des zentralen Vorstandes und des Verbandsrates sowie der Präsident und seine Stellvertreter nehmen mit beschließender Stimme am Verbandstag teil.

(5) Die Vorsitzenden der Mitgliederverbände sowie die Landesvorsitzenden bilden den Verbandsrat.

(6) Die zentrale Revisionskommission kontrolliert im Auftrag des Verbandstages die Finanzierung, einschließlich der Beitragszahlung, die Sicherung der Eigentumsverhältnisse und die Gewährleistung der Haftung des Verbandes.

(7) Beschlüsse des zentralen Vorstandes, die die besonderen Belange der Landes- bzw. Mitgliederverbände betreffen, bedürfen der Zustimmung des Verbandsrates. Bei strittigen Entscheidungen erarbeitet eine paritärisch gebildete Schiedskommission eine akzeptable Lösung.

(8) Sowohl der zentrale Vorstand als auch der Verbandsrat können zentrale Arbeitsgruppen bilden.

Die Vorsitzenden der Arbeitsgruppen können mit beratender Stimme an der Arbeit beider Gremien teilnehmen.

(9) Der ehrenamtliche zentrale Vorstand richtet eine Hauptgeschäftsstelle ein.

§ 5 Finanzierung

(1) Die materielle und finanzielle Sicherung des Dachverbandes erfolgt durch:

a) Beiträge der Mitglieder gemäß § 3 Abs. 1;
b) finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln;
c) eigene Leistungen;
d) Schenkungen, Stiftungen, Erbschaften und sonstigen Zuwendungen verschiedenster Art.

(2) Die Beitrags- und Finanzierungsordnung werden durch den Verbandstag gesondert beschlossen.

(3) Die Mitglieder des Dachverbandes geben 5 % der individuell gezahlten Beiträge in den gemeinsamen Haushalt.

(4) Die Haftung des Verbandes sowie die damit verbundene Abwicklung der Geschäfte regeln sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

Bei Auflösung des Verbandes wird das Vermögen gemeinnützigen Vereinigungen zugeführt, insbesondere weiterbestehenden Mitgliedern (gemäß § 3 Abs. 1).

§ 6 Vertretung im Rechtsverkehr

(1) Der Verband wird im Rechsverkehr durch den Präsidenten, in dessen Abwesenheit durch einen seiner Stellvertreter oder eine von ihm beauftragte Person vertreten.

Unsere Spendenkonten

Behindertenverband Berlin:

Berliner Stadtkontor:	6651-34-307	(Mark der DDR)
	6651-50-30010	(Valuta)
Behindertenverband der DDR:		
Berliner Stadtkontor:	6651-39-89	(Mark der DDR)
	6651-57-30850	(Valuta)

Wir danken allen Spenderinnen und Spendern ganz herzlich!

Berliner Behindertenverband

(aktualisierte Übersicht)

- **Amt. Vorsitzender:**
  Dr. Ilja Seifert, Leipziger Straße 54, Berlin, 1080
  (Telefon: 2 29 67 70 privat),
- **Stellv. Vorsitzende:**
  Kay Kriegel, Fischerinsel 4/3.2, Berlin, 1020
  (Telefon: 2 12 49 57 privat)
  Ralph Loell, Georg-Benjamin-Straße 47, Berlin, 1115
  (Telefon: 3 49 60 45 privat),
  Regina Reichert, Buggenhagenstraße 21, Berlin, 1156
  (Telefon: 3 75 34 49 privat)

● **Sprecherin für Frauenpolitik**
Andrea Schatz, Borkumstraße 22, Berlin, 1100
(Telefon: 4 72 59 05 privat).

Sprecher und Sprecherinnen der Arbeitsgruppen:

„Rechtsfragen"

Jürgen Demloff, Bruno-Baum-Straße 22/0306, Berlin, 1140
Telefon: 5 42 30 49 privat (Statut)

Jörg-Michael Schulze, P.-König-Straße 26, Berlin, 1092
Telefon: 3 76 68 94 privat

„Öffentlichkeitsarbeit"

Regina Reichert, Buggenhagenstraße 21, Berlin, 1156
Telefon: 3 75 13 49 privat

Ralph Loell, Georg-Benjamin-Straße 47, Berlin, 1115,
Telefon: 3 49 60 45 privat

„Medizinischer Beirat"

Dr. Annalena Schmidt, Fischerinsel 10/19.12, Berlin, 1020,
Telefon: 2 11 18 13 privat, 3 40 01 12/App. 647 privat

„Bauwesen"

Hans-Reiner Bönning, A.-Saefkow-Platz 12/5.3, Berlin, 1156,
Telefon: 3 72 61 64 privat

„Verkehr"

Rudolf Heß, Streckfußstraße 68, Berlin, 1123,
Telefon: 3 49 43 44 privat

„Rehabilitationstechnik"

Horst Rosenberger, K.-Maron-Straße 4/2.3, Berlin, 1140,
Telefon 5 41 37 41 privat, 5 89 18 75 dienstlich

„Arbeit für alle"

Gesine Wilhelm, Alle der Kosmonauten 202/0206, Berlin, 1140
Telefon: 5 42 49 27 privat

„Bildung für alle"

MikeWeimann, Franz-Dahlem-Straße 50, Berlin, 1055,
Telefon: 4 39 36 67 privat

„Reisen und Erholung"

Karlheinz Kränke, Oberspreestraße 60, Berlin, 1190,
Telefon: 6 30 22 22 privat, 6 34 24 75 dienstlich

„Kultur"

Ivo Klauk, Jungstraße 33/34, Berlin, 1035,
Telefon: 5 88 67 26 privat u. dienstlich

„Sport"

Giesbert Daske: Kontakt über die Geschäftsstelle

„Menschenwürdiges Wohnen"

Harald Fischer, Feierabendheim „Irene Harloff" Stavanger Straße 26,
(Stat. 6 Zi., 647), Berlin, 1071, Telefon: 4 78 83 16

„Kommunalarbeit"
Bernhard Zacher, Rostocker Straße 8, Berlin, 1095,
Telefon: 3 22 84 23 privat

„Geschäftsstelle"
Märkisches Ufer 28, Berlin, 1020,
Telefon: 2 74 14 46 / 56—Mo. u. Do. 14.00—18.00 Uhr
Leiter: Kay Kriegel, Fischerinsel 4/3.2, Berlin, 1020,
Telefon: 2 12 49 57

»Alle Arbeitsgruppen, auch die Geschäftsstelle, wünschen sich noch viele Mitarbeiter/-rinnen und Helfer/-rinnen.
Wir freuen uns auf Ihren Besuch«

Eine „unbotmäßige" Wortmeldung

„Unser Wertmaßstab ist der Umgang mit den Schwächsten". Unter dieses Thema stellte Klaus Erforth, der Vorsitzende der Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen Berlin DDR am 20. März die „Besetzung" der Etage des Oberbürgermeisters Dr. Hartenhauer im Berliner Roten Rathaus.

Eltern, Kinder, Angehörige, Freunde, Behinderte und Mitarbeiter füllten den nicht gerade günstig gewählten Vorraum des Wappensaales, hatten Transparente und eine Gitarre mitgebracht. Anliegen war es, gegen die Verschleppungstaktik für den Baubeginn einer dringend notwendigen Tagesstätte für geistig behinderte Kinder und Jugendliche zu protestieren. Bevor die eigentliche Aktion begann, schickte Herr Hartenhauer am Montag ein Telegramm, in dem er den Bau (...) nun doch bewilligte. Doch es ging den Initiatoren dieser Aktion nicht nur um die Tagesstätte. Vorhandene Einrichtungen bieten bei weitem nicht genügend Platz, Spielplätze bei den Tagesstätten sind zu klein und meistens weit weg. Katastrophale hygienische Bedingungen, Waschbecken zu hoch, Mischbatterien defekt, Duschen kaputt (...) Der Mietsvertrag für eine Werkstatt für 22 Rehabilanten (...) von der KWV Weißensee ab 1. Juni gekündigt. In Hellersdorf ist zum wiederholten Maße der Baubeginn einer Tagesstätte verschoben worden. Die Betroffenen sind mißtrauisch geworden im Laufe des Jahres. Auf Versprechungen geben sie nichts mehr (...). Sie fühlen sich als Verantwortliche von Kindern, die man in die städischen Ecken drücken will, möglichst entfernt von den Prachtstraßen. Doch ist ihre Lebensqualität auch ein Stück Kultur in dieser Stadt.

Elke Kübler

Nachtrag

Noch am gleichen Tag saßen zehn Handwerker in der Tagesstätte Tucholskystraße 13 und wollten mit den Reparaturen beginnen. Was das Rehabilitationszentrum des Stadtbezirks Mitte trotz aller Bemühungen nicht erreichen konnte, wurde möglich durch diese Aktion. Macht das nicht Mut?

Klaus Erforth

Frauen und Behinderung

Am 10. März veranstalteten Dr. Erika Metze, Uta Sankowski und ich ein Forum unter der Thematik „Frauen und Behinderung". Wir wollten ins Gespräch kommen – mit behinderten und chronisch kranken Frauen, die oft alleinstehend sind, oder Kinder haben bzw. mit einem behinderten Partner zusammenleben; aber ebenso mit den Müttern und Vätern, die ihre behinderten Kinder, Partner oder Eltern betreuen. Gerade sie fühlen sich auf Grund ihrer besonderen familiären Situation oft isoliert und mit ihren Problemen allein gelassen.

Zweitens ging es uns um eine Bestandsaufnahme der dringlichsten zukünftigen Aufgaben und darum, ein Gefühl von Solidarität mit den Betroffenen und Verständnis für ihre speziellen Probleme zu erwecken. Drittens stand die Konkretisierung der am 7. März von der Volkskammer beschlossenen Sozialcharta auf unserer Tagesordnung, da der darin enthaltene Passus über die Integration Behinderter zu allgemein gehalten war.

Eine Rednerin äußerte ihr Unverständnis darüber, daß wir uns ausschließlich Frauenproblemen widmeten. Ähnliche Probleme hätten doch wohl auch die Männer. Das ist sicher zum Teil wahr. Es gibt eine Vielzahl subjektiver Erschwernisse und objektiver Hindernisse, die nicht geschlechtspezifisch sind. Aber es gilt zu bedenken, daß die Probleme, die nicht betroffene Frauen auf Grund ihrer gesellschaftlichen Stellung schon zur Genüge haben, sich bei Frauen mit einem Handicap noch potenzieren! Behinderte, bzw. betroffene Frauen sind ebenso wie ihre nichtbehinderten Geschlechtsgenossinnen doppelt und dreifach belastet. Das wurde aber im Laufe der Veranstaltung fast jedem im Saale klar – ebenso, wie weitaus komplizierter das Leben für eine Familie mit einem Schwerstgeschädigten oder für eine behinderte Mutter ist.

Extra aus Erfurt war sie angereist – eine Mutter, die sich Rat und Unterstützung aus Berlin erhoffte und die berichtete, welch eingeschränktes Leben sie führen muß, weil sie sich ein Leben lang für ihr schwer geschädigtes Kind verantwortlich fühlt. Derzeit liegt fast die gesamte Last der Betreuung von Schwerbehinderten auf den Schultern der Frauen. Sie sind es, die eine Arbeit leisten, die weder gesellschaftlich noch finanziell genügend anerkannt wird. Es fehlen:

- sozial gerechte Pflegesätze;
- familienentlastende Dienste, d. h. Möglichkeiten der Betreuung der Geschädigten in den Familien, damit für die Pflegepersonen gesellschaftliche Kommunikation überhaupt möglich wird;
- bezahlte Freistellungen für Hilfs- und Pflegedienste während des gemeinsamen Urlaubs, damit dieser auch zu einer Erholung für die Betroffenen wird;
- Möglichkeiten des organisierten Transports zum bzw. vom Urlaubsort – insbesondere für Alleinstehende;
- Kontakttelefone, die über mögliche Hilfsdienste und Serviceleistungen informieren;
- Kommunikationszentren, in denen sich Betroffene ärztlichen, psychologischen und juristischen Rat holen können; in denen es auch Möglichkeiten der Kinderbetreuung gibt.

Es ist dringend erforderlich, die Pflege- und Erziehungszeiten bei Berech-

nung der Rente zu berücksichtigen. Ebenso wichtig ist eine Dispensaire-betreuung der Eltern, bzw. ständigen Betreuungspersonen. Eine psychologische Beratung und Begleitung könnte es ihnen erleichtern, ihre besondere Rolle anzunehmen und mit ihrem berechtigten Wunsch nach Selbstverwirklichung besser in Übereinstimmung zu bringen.

Eine Frau im Rollstuhl sprach von ihren Ängsten, in ein Heim zu müssen, weil sie nicht mehr allein in ihrer Wohnung zurechtkommt: Wären nicht integrative Wohngemeinschaften von Bürgern mit Behinderungen unterschiedlichen Grades, die dann einander helfen könnten, und Nichtbehinderten ein wünschenswertes Ziel?! Um möglichst vielen ein selbständiges Wohnen zu ermöglichen, sind umfassende Dienstleistungsangebote, wie z. B. der Einkauf über den Versandhandel und der weitere Ausbau des Sonderdienstleistungsprogramms notwendig.

Wichtiges Thema des Forums war natürlich die Sicherung des gesetzlich fixierten Rechts auf Arbeit. Den Frauen ging es in diesem Zusammenhang vor allem um die Schaffung behindertengerechter Arbeitsplätze, verbunden mit Steuervergünstigungen für den jeweiligen Betrieb, um Kündigungsschutz, einen Haushaltstag auch für betroffene Männer und um eine Erweiterung des Spektrums bei der Berufsausbildung behinderter Mädchen.

Immer wieder angesprochen und gefordert wurde eine größtmögliche Integration behinderter Kinder entsprechend ihrer individuellen Voraussetzungen bereits in den Kindereinrichtungen und später in den Schulen. Wo Sonderlösungen nötig sind, dürfen sie nicht dazu führen, das Leben der Behinderten von dem der Nichtbehinderten abzusondern.

Einigkeit herrschte auch um die Notwendigkeit von Freizeitzentren, in denen sowohl Behinderte als auch Nichtbehinderte zusammenkommen können – und das in jedem Stadtbezirk; um Möglichkeiten, vorhandene kulturelle Einrichtungen und Sportstätten überhaupt für die Behinderten zugänglich zu machen; um die Ausarbeitung eines umfassenden Behindertenführers mit Informationen aller Art für Berlin.

Im Laufe der Veranstaltung stellten sich auch einige Selbsthilfegruppen vor. Dazu siehe Infos! Wichtiger Hinweis einer Hörgeschädigten, die traurig den Saal verließ, weil sie akustisch nichts verstand: Wenn sich unser Verband als Dachverband begreift, muß bei allen größeren Veranstaltungen an Ringleitungen gedacht werden!

Zum Schluß sprachen sich die Teilnehmerinnen für eine Quotenregelung im zu erarbeitenden Statut des Behindertenverbandes aus, weil die spezifischen Probleme von behinderten und betroffenen Frauen nur im Gesamtzusammenhang zu lösen und nur durch sie selbst zu vertreten sind.

Andrea Schatz

Interessengemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus

Lange haben wir gewartet, daß uns irgend jemand sagt: Kommt zu uns, wir helfen Euch! Wir informieren Euch!“ Es kam niemand. Wir liefen uns die Hacken ab – jeder für sich allein. Jeder für sich allein kämpfte sich im Alltag müde. Nun ist es genug. Jetzt nehmen wir die Sache selbst in die Hand. Im Mai gründet sich unter dem Dach des Behindertenverbandes die Interessengemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus.

Die Spina bifida cystica oder Myelomeningocele ist eine der häufigsten

angeborenen Mißbildungen, eine Hemmungsmißbildung. Bei mangelhaftem Verschluß der Wirbelbögen sind Rückenmark und Rückenmarkshäute sackartig ausgestülpt. Dabei sind meist Nervenfasern und Rückenmarksanteile in dem Bruch enthalten, was motorische und sensible Ausfälle sowie Störungen der Blasen- und Mastdarmentleerung nach sich zieht. Etwa 80 Prozent der Spinafida-Patienten haben gleichzeitig einen Hydrocephalus (Störung des Hirnwasserkreislaufes).

Was wollen wir erreichen? Wir wollen die Betroffenen und ihre Angehörigen zusammenführen, um gemeinsam handeln zu können, um die besondere Lebenssituation im Sinne einer Solidargemeinschaft bewältigen zu können. Gemeinsam wollen wir kämpfen gegen Barrieren in den Köpfen und auf der Straße, wollen unsere Erfahrungen austauschen, unsere Kenntnisse weitergeben und über medizinische, therapeutische, soziale Maßnahmen und Möglichkeiten informieren.

Was haben wir bisher erreicht? Ein erstes Treffen mit Betroffenen und Eltern betroffener Kinder fand bereits statt. Dort gaben wir Informationsmaterial aus, das die Aufgaben und das Konzept zur Arbeit unserer Interessengemeinschaft kurz anriß sowie Vorschläge zur Untergliederung der Altersstruktur enthielt.

Ein Fragebogen für Betroffene und betreuende Eltern zur Erfassung des Hilfs- und Informationsbedürfnisses war als Anlage enthalten. Die betreuenden Fachärzte der Dispensairesprechstunden haben sich bereit erklärt, uns bei der Durchführung von Seminaren zu unterstützen. Sie sind sehr an einer engen Zusammenarbeit mit uns interessiert, da die normale Sprechstunde bei weitem nicht ausreicht, alle anfallenden Fragen zu klären. Auch halten wir es für wichtig, daß Fachleute in den Meinungsaustausch mit Betroffenen kommen. Familienbegegnungen, Selbsthilfekurse (z. B. Selbständigkeitstraining, Selbstversorgung, Rollstuhlmobilitätstraining) und Freizeitgestaltung sind weitere Ziele unserer Arbeit.

Marion Thiemke
Wilhelm-Koenen-Straße 60
Berlin
1153

Standpunkt der AG Kultur zu ihrer künftigen Tätigkeit

Nach langen und schwierigen Versuchen der Positionsbestimmung ist die AG Kultur zu der Erkenntnis gekommen, daß ihr zur Zeit zwei Aufgabenstellungen zufallen, die nicht unter einem Nenner zu vereinbaren sind:

1. Zum einen gibt es Pflichten, die einem Dachverband entsprechen. So ist dringend Einfluß auf die Verwaltung und Gesetzgebung zu nehmen, damit das im Grundrecht auf Fürsorge enthaltene Recht auf „kulturell-geistige Versorgung und Betreuung" (so im Artikel 36 der noch gültigen Verfassung) für jeden Menschen, unabhängig vom Grad seiner Behinderungen und seinen wirklichen Bedürfnissen entsprechend, Wirklichkeit werden kann. Dazu zählt beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit allen kulturellen Institutionen, wie dem Kulturbund, der ehemaligen Konzert- und Gastspieldirektion, den Berliner Bühnen, dem Vorbereitungskomitee der Berliner Festspiele, dem FDJ-Zentralrat usw., um möglichst schon in Phasen der Planung von Veranstaltungen auf die Belange Behinderter verweisen zu können. Weiterhin müßten in dieser AG Informationen über kulturelle Aktivitäten

der örtlichen Gruppen und Kreisstellen sowie der dem Berliner Behindertenverband angehörenden Vereinigungen und Sektionen zusammengetragen, katalogartig erfaßt und gruppenübergreifende Aktivitäten koordiniert werden.

2. Die speziellen Hilfen und Maßnahmen, derer behinderte Menschen zur Wahrnehmung ihrer kulturellen Ansprüche bedürfen, sind sehr differenziert. Für geistig schwer Behinderte steht die Organisation spezieller Veranstaltungen im Vordergrund – während dies für Körperbehinderte möglichst vermieden werden soll. Unsere AG ist sich darüber klar, daß sie nicht in allen diesen Bereichen selbst organisierend tätig werden kann. Das ist auch nicht nötig, weil dafür entsprechende Verbände und Vereinigungen bereits bestehen (Blinde- und Sehschwache, Gehörlose, Lebenshilfe).

   Aber für die Belange körperbehinderter Menschen bestehen solche Strukturen noch nicht. Hier gäbe es dringende Aufgaben, z. B. die Schaffung von Freizeitzentren, in denen sich Behinderte treffen und schöpferisch betätigen können, in denen ein vielfältiges kulturelles Angebot offeriert wird und dieses Zentrum so auch zu einer Stätte der Begegnung zwischen den Behinderten und Nichtbehinderten des umliegenden Wohnbezirks werden kann.

   Oder die Koordinierung privater Angebote zur individuellen, kulturellen Betreuung in den einzelnen Stadtbezirken, wie z. B. Zirkeltätigkeit, Lesestunden in Heimen, Hilfestellung bei der Beschaffung von Eintrittskarten o. ä. Auf diesem Gebiet wollen viele Interessenten wirksam werden.

   Wie aber alles vereinbaren? Beide Arbeitsbereiche kann die AG Kultur des Berliner Behindertenverbandes, wenn er sich wirklich als **Dachverband** versteht, nicht gleichzeitig wahrnehmen – obwohl beide gleichermaßen wichtig sind. Jeder Aufgabenbereich würde auch eine andere Zusammensetzung seiner Teilnehmer erfordern. Beide Verantwortungen zu übernehmen wäre nicht nur absolut uneffektiv, es würde auch einen ständigen Prioritätenstreit heraufbeschwören. Wie sehr er unsere Arbeit hemmt, ist gegenwärtig ja bestens zu verfolgen. Auch verhindert diese „Aufgabenvermischung" geradezu, daß sich die „alten" Verbände dem Behindertenverband anschließen.

   Wir sind uns bewußt, daß die Veröffentlichung dieser Positionspapiers den Rahmen dessen, was bisher an Positionsbestimmungen in der STÜTZE erschienen ist, sprengt. Aber die AG Kultur ist der Meinung, daß sie hier mit einem Problem kämpft, das eigentlich den ganzen Verband betrifft. Wir möchten darum unseren Standpunkt zur Diskussion stellen und gleichzeitig den amtierenden Vorstand auffordern, die Strukturen zu ordnen. Denn nur so ist endlich sowohl eine effektive Arbeit in einzelnen Aufgabenbereichen als auch eine starke Vertretung der gemeinsamen Interessen aller behinderten Menschen nach außen möglich.

Winfried Lerch
Andrea Schatz
Ivo Klauck

Forum und Begegnung im Magistrat

Am Sonnabend, dem 10. 3. 90, lud die Arbeitsgruppe „Bildung für alle" zu

einem Forum ein. Geladen waren Eltern und interessierte Mitarbeiter aus der Pädagogik und Medizin, die mit Ideen, Wünschen und Forderungen auf des Positionspapier der AG, das in der SÜTZE 2/90 und 3/90 veröffentlicht worden war, reagiert hatten.

Tagesordnung des Forums war:

- Bekanntgabe bisheriger Aktivitäten der Gruppe
- Informationen zur Integration
- Erfahrungen der Elterninitiativgruppe für Integration aus Berlin(W)
- Aufruf zur Bildung von Arbeitskreisen

Für die Teilnehmer lag viel Informationsmaterial aus Ost und West aus. Ziel dieses gemeinsamen Tages war, Betroffene zu finden, die mit konkreten Vorstellungen helfen, das weite Feld der Integration anzugehen. Die gute Beteiligung konnte Mut machen, jedoch entsprach das Ergebnis nicht den Erwartungen, die auf die Bildung neuer Arbeitskreise gerichtet waren. Da dieses Thema in unserem Lande bisher tabuisiert war, ist es nun dringend notwendig, durch differenziert arbeitende Gruppen das Versäumte nachzuholen. An diesem Sonnabend wurde uns verstärkt deutlich, wie schlecht es mit der Öffentlichkeit steht.

Teilweise diffuse Vorstellungen mußten zeitaufwendig geklärt werden, so daß für einen konkreten Ansatz von Arbeitsgruppen aus schlichten Zeitgründen die Aktivitäten fehlten.

Wir dachten z. B. an Gruppen mit folgenden Zielen:

- Informationen über Fachveranstaltungen
- Einrichtungen einer Info-Zentrale
- Übersicht über konkrete Integrationsprojekte
- Begleitung der Pilotstellen
- Probleme im Sonderschulwesen
- Übernahme politischer Verantwortung

Unsere Hoffnungen, an diesem Tage Adressen zukünftiger Integrationsprojekte zu erhalten (zwecks Veröffentlichung), haben sich leider nicht ausreichend erfüllt. Wir bitten deshalb dringend um ihre Hilfe, uns über derartige Initiativen zu informieren! Weiter wurde kritisch festgestellt, daß die Beteiligung der direkt Betroffenen noch zu gering war. Wir müssen deshalb überlegen, inwieweit Eltern mit behinderten Kindern aus der möglicherweise noch ängstlichen, unschlüssigen Haltung herausgeholt werden können und Mut bekommen, gemeinsam mit sogenannten Nichtbehinderten den weiteren Weg anzugehen.

Auf allen Vieren durch die Wohnung

Täglich erreichen den Berliner Behindertenverabnd Briefe, in denen Behinderte ihre Probleme schildern. Aus Lauchhammer eilte ein Hilferuf zu uns. Er ist ein so typisches Beispiel für unsere amtliche Bürokratie, das er heute stellvertretend für ähnliche Fälle in der STÜTZE Platz findet.

Liebe Freunde!

Wir möchten uns aus zwei Gründen an Sie wenden:

1. möchten wir Mitglied werden. Wir sind gehbehindert, meine Frau hat eine Art Querschnittslähmung, die durch eine notwendige Operation im

Kindesalter verursacht wurde. Sie ist jetzt 32 Jahre, hat einen Beruf als Schreibtechniker, sie arbeitet von 8.00 bis 12.00 Uhr in der Abteilung Absatz des VEB Braunkohleveredlung Lauchhammer. Ich bin 29 Jahre und Spastiker, arbeite im selben Betrieb, mit derselben Arbeitszeit. Bin gelernter Wirtschaftskaufmann, arbeite aber seit Jahren als Pförtner, da der Betrieb nicht in der Lage ist, mich wenigstens berufsnah einzusetzen.
Wir laufen beide mit Unterarmstützen, meine Frau hat für draußen einen Rollstuhl, aber für weite Strecken fahren wir beide einen Versehrtentrabant.

2. müssen wir jede Möglichkeit nutzen, die die geringe Chance bietet, daß uns geholfen werden kann. Es ist sehr traurig, daß ich gleich mit Problemen kommen muß. Aber bitte, lesen Sie diesen Brief erst zu Ende. Wir kämpfen seit etwa vier Jahren um eine rollstuhlgerechte Wohnung. Oder – und das wäre uns noch viel lieber – eine Altbauwohnung, die groß genug ist, daß meine Frau ihren Rollstuhl auch in der Wohnung benutzen kann, jetzt ist das aus Platzgründen nicht möglich. Wir haben eine ganz normale Zweiraumwohnung mit Stadtgasheizung. Dies wünschen wir uns auch wieder, nur rollstuhlgerecht!

Eine weitere Forderung von uns ist, in einen Ort ziehen zu können, wo eine gute fachmedizinische Betreuung gewährleistet ist, denn meine Frau ist auch nierenkrank. Aber auch bei der Behandlung von den Nebenerscheinungen meiner Behinderung (z. B. Schleimbeutelenzündung, Wasser usw.) wurden hier grobe Fehler gemacht, die meine Gesundheit stark verschlechtern.

Um unsere Wohnung zu säubern oder Dinge von einem Raum in den anderen zu transportieren, müssen wir auf dem Fußboden knien. Das verkraften wir auf Dauer gesundheitlich nicht. Eingaben an den Rat der Stadt, des Kreises bzw. Bezirkes haben auch jetzt nach der Wende ähnliche Antworten wie an den Staatsrat der DDR (Die Antwort, die als Anlage beiliegt, enthält nur den Verweis auf die Zuständigkeit der örtlichen staatlichen Organe – M. Sch.).

Wir können nach den ganzen Enthüllungen über unsere frühere Regierung nicht mehr einsehen, daß wir noch weitere Jahre auf eine rollstuhlgerechte Wohnung warten sollen, wo wir sie ganz dringend brauchen! Wir wollen keine Villa, nur eine Wohnung, die unsere Selbständigkeit unterstützt, und wir nicht mit 40 Jahren noch auf allen Vieren kriechen müssen. Wo bleibt die Sorge um den Menschen in diesem Staat, wo die Menschenwürde? Wir bitten Sie, uns zu helfen!
Vielen Dank im Voraus und herzliche Grüße

Birgit und Mirko Genz

Der Berliner Behindertenverband hat keinen Einfluß auf andere Gegenden. Trotzdem wandte er sich mit einer Eingabe an die ABI mit der Bitte um Hilfe.

Das Ergebnis war, daß sich die zuständigen Volkskontrolleure von dem zuständigen Chefarzt der Poliklinik Lauchhammer-Mitte die Information holte, daß „die fachmedizinische Betreuung voll gewährleistet ist". Familie Genz soll selbst nach geeignetem Wohnraum suchen. Und so lautet ein Satz in ihrem letzten Brief an uns: „Keiner will und kann uns mehr helfen."

Marion Schulzke

Leben ist schön
– nach 12 Jahren im Heim noch nicht aufgegeben

Paul Müller ist Mitte 40 und wohnt nun schon 12 Jahre im Feierabend- und Pflegeheim auf der Pflegestation.

Es war das erste Mal, daß ich ihn dort besuchte. Das, obwohl ich ihn schon ein paar Jahre kenne – nur ins Heim geh ich nicht gern. Aber ich habe gut reden, kann meine Ängste vor einer bedrückenden, lähmenden Heimatmosphäre beiseite schieben, denn nach zwei Stunden gehe ich wieder nach Hause in meine Wohnung.

Paul lebt mit einer spastischen Lähmung, Hilfe braucht er zum Saubermachen und Essenrichten. Da es auf den Wohnetagen keine Hilfe gibt, muß er auf einer der zwei Pflegeetagen wohnen, wo viele Menschen mit Alzheimer-Krankheit oder zum Sterben sind. Es ist für ihn unakzeptabel, mit schwerkranken und sterbenden Menschen auf einer Etage leben zu müssen. Das muß dringend geändert werden.

(Gegenwärtig werden 14 Prozent der Plätze für behinderte Bürger genutzt. Berliner Zeitung vom 5. März 1990 / Fina Geschonneck).

Trotz dieser Situation hat Paul zu einem aktiven Leben gefunden. Er hat viele Freunde in evangelischen Gemeinden und durch die Diakonie gefunden. Er hat es geschafft, mit Hilfe, Hartnäckigkeit und unzähligen Eingaben sich und seiner Verlobten Freiräume für ein relativ selbstbestimmtes Leben zu erkämpfen.

Seine Beweglichkeit wurde größer durch eine Schreibmaschine, die er zur Nutzung bekam; einen Hocker mit nachträglich angebrachten Rollen, der es ihm ermöglicht, in die Minitoilette zu kommen und einen eigenen Fernsprechanschluß.

Trotz der Extratouren ist sein Verhältnis zum Personal nicht belastet, denn „wenn ich kaum Arbeit mache und viel weg bin, ist es leicht, nett zu mir zu sein".

Nach dem Tod seiner Verlobten lebt er allein weiter in dem Zwei-Bett-Pflegezimmer. Das ist möglich durch die Hilfe der Stadtbezirksärztin und einer positiven Entscheidung des Magistrats.

Paul hat einen Weg für sich gefunden und will sich nun auch für das Recht auf menschenwürdiges Wohnen aller im Heim einsetzen.

Eine Schande ist es und entwürdigend, daß die für einen Heimplatz veranschlagten „nur" 8 m² in der Wohnraumstatistik als eine Wohnraumeinheit gezählt werden. Das muß geändert werden und differenziert in der Statistik ausgewiesen werden. Da es zum FAH wenig Alternativen gibt, existiert eine sehr lange Warteliste für diese. Dringend notwendig ist der Aufbau eines Netzes von ambulanten Hilfsdiensten und ein starker Ausbau der Gemeindeschwerstern-/pfleger-/stationen.

Hier nun Pauls Vorschläge:

– Erhöhung der Sicherheit durch Klingeln auf den Toiletten der Zimmer (Toilettentüren gehen zur falschen Seite hin auf! und mit einem zweiten rollstuhlgerechten Ausgang über den zweiten Fahrstuhl (Küche), den Keller, dann mit einer Rampe nach draußen, die allerdings 6 Stufen überwinden muß

Keine Gnadenbeweise mehr, sondern einklagbare Rechte, auch für Menschen im Heim; auf:

- ein Einzelzimmer;
- eine Kur außerhalb des Heimes;
- einen Schwerbeschädigtenausweis;
- Zuschüsse und Beihilfen;
- für alle schwergeschädigten Menschen einen Fernsprechanschluß
- einen Elektrofaltwagen, ob im Heim lebend und/oder nicht erwerbsfähig

Noch ein Tip: Eingangstüren müssen sich automatisch oder nach Knopfdruck, wie bei Neubauwohnhäusern, öffnen lassen!

Das Wissen, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten und Kräfte etwas tun zu können, für andere tun zu können, aktiviert.

Traueranzeige

Hiermit gibt mit zermarterter Seele und tränenüberflutetem Gesicht Herr Paul M ü l l e r, sein dreijähriges Jubiläum im hiesigen Super – inter – dreisterne – senioren – appartement – center, bekannt. Von Beileidsbekundungen jeglicher Art bzw. Abart, ist auf Grund von Nervenzusammenbruchsgefahr strikt Abstand zu nehmen. In stiller Trauer gedenkt die Verlobte.

Frau **Sabine Schulz,** Berlin, den 1. 11. 1981

Paul hat noch eine Anfrage an alle: „Wer übernimmt für Menschen mit Behinderungen, wenn sie es selbst nicht können, das Schreiben von Anträgen an staatliche Institutionen?"

(Die Namen sind frei erfunden, zur Wahrung der Anonymität)

Ralph Loell

Hilfe durch die Volkssolidarität

Die Volkssolidarität unterstützt ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die hör-, seh-, körper- oder komplexgeschädigt sind, dieses unabhängig vom Alter. Ihre Aufgaben sieht sie zum einen in der Hauswirtschaftspflege mit Körper- und einfacher Krankenpflege und der Mittagstischversorgung.

Wieviel Menschen unterstützt werden, hängt von der Zahl der Antragsteller ab. Welche Unterstützung mit welchem Umfang gewährt wird, entscheidet sich beim Besuch der Brigadierin mit der Gemeindeschwester. Die Mittel für diese Leistungen kommen aus dem Staatshaushalt und müssen Ende Mai für das Folgejahr beantragt werden. Deshalb ist es jetzt günstig, Bedarf anzumelden. Hauswirtschaftspflege umfaßt auch Begleitung und Hilfe beim Einkauf oder Spaziergang und das Gesprächspartnersein.

Ich wünsche mir, daß die Körper- und einfache Krankenpflege im Sinne von Hauskrankenpflege ein kräftiges Standbein der Volkssolidarität und anderer Sozialdienstträger wird.

Die jungen Männer, die sich nun auch bei uns zu Zivildienst entscheiden können, erhalten vor ihrem Einsatz eine 14-tägige Schulung in einfacher Krankenpflege. Sie brauchen bei dem psychische Beratung und Begleitung.

Nicht zu vergessen ist auch kulturelle Betreuung durch die Volkssolidarität.

Damit alte und behinderte Menschen den Sozialdienst auch selbst organisieren können, müssen wir dringend Analysen über die Höhe des Stundenpflegesatzes und welche Leistungen mit diesem bezahlt werden können, erarbeiten. Dieser Pflegesatz muß weiter durch den Staat bzw. die Sozialversicherung getragen werden. Das heißt, wir, die Betroffenen, brauchen das Pflegegeld dazu ganz in die eigene Hand, auch, um zu entscheiden, von wem wir unterstützt werden wollen.

Grundlegende Voraussetzung dafür ist natürlich, daß das Pflegegeld insgesamt erhöht wird, bis in Höhe der Kosten für einen Pflegeheimplatz. Die Heimplätze können dann stark reduziert werden.

Damit die Angehörigen der zu pflegenden Menschen auch in den Urlaub fahren können oder bei Krankheit, werden kurzzeitig (bis zu 4 oder 6 Wochen) Krankenwohnungen im Kiez gebraucht, so daß ein Heimatgefühl erhalten bleibt.

Ralph Loell

Rehabilitationssanatorium Waldfrieden — Pläne und zur Zeit überschaubare Möglichkeiten

Mit viel Interesse und auch Freude wurde von Behinderten die Umprofilierung des ehemaligen Wohngebietes für privilegierte Parteiführer in Wandlitz in eine Stätte zur gezielten therapeutischen Betreuung von Geschädigten verfolgt. Da häufige Nachfragen zur kurenmäßigen Betreuung vorliegen, soll hierzu noch einmal Stellung genommen werden. Geplant sind in der Belegung pro Durchgang:

1. 30 behandlungsbedürftige, sich aber selbst versorgende Rollstuhlfahrer;
2. 30 behandlungsbedürftige Elternteile mit einem physisch und /oder psychisch geschädigten Kind, das täglich 4 Stunden pädagogisch betreut werden und auch eine gezielte Therapie bekommen soll;
3. 15 Patienten mit einem Zustand nach Schlaganfall;
4. 20 gehfähige Patienten mit multipler Sklerose;
5. 15 erholungsbedürftige an einem Geschwulstleiden erkrankte Kinder mit einem Elternteil.

Die restlichen Kurplätze sollten an Herz-Kreislauf Erkrankte vergeben werden.

Um diese Pläne zu verwirklichen, sind etliche Umbauten erforderlich. Einmal müssen in 12 Wohnhäusern Rollstuhlzugängigkeit erreicht und Sanitärräume errichtet werden. Auch sind Umbauten im Kurhaus und Installation von Hebetechnik für die Nutzung der Schwimmhalle und der physikalischen Therapie erforderlich. Das braucht alles Zeit. Die vorhandene Küchenkapazität läßt zur Zeit nur die Betreuung von 140 Patienten zu. An einem Erweiterungsbau wird gearbeitet. Weiterhin konnte noch nicht ausreichend Personal zur Absicherung der physiotherapeutischen Betreuung eingestellt werden, so daß für die Einzelbehandlung von Behinderten noch keine Kräfte zur Verfügung stehen.

Die Darlegungen machen deutlich, daß Hoffnungen auf eine schnelle kurenmäßige Behandlung im Rehabilitationszentrum Waldfrieden nicht erfüllbar sind. Auch muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es

sich um eine Einrichtung für die gesamte DDR handelt, die niemals den eigentlichen Bedarf decken kann. Aus diesem Grunde ist es wichtig, in allen Bezirken nach integrativen Kurmöglichkeiten für Behinderte zu suchen, diesbezügliche Vorschläge zu unterbreiten und auch die Notwendigkeit zu verdeutlichen.

(Die STÜTZE wird aufmerksam beobachten, was aus den wohltönenden Versprechungen wird. Sollten sie sich als ein Bluff erweisen — einiges spricht leider dafür — werden wir uns nicht scheuen, das an die „große Glocke" zu hängen. Wir können keinesfalls dulden, daß die Öffentlichkeit damit beruhigt wird, daß eine so furchtbar soziale Lösung für Behinderte gefunden wurde — aber wir haben nichts davon).

Alternativen zu Sonderschulen

Am 14. 3. 1990 fand eine Beratung der Stadtbezirksschulräte von Berlin statt, auf der es auch um das **Sonderschulwesen** ging. Die Bezirksschulrätin Frau Stierandt widmete die erste Hälfte ihrer Darlegungen zu diesem Thema ausschließlich der schulischen und vorschulischen Integration von Kindern mit Behinderung. Diese — als notwendig erachtete — Alternative zu den Sonderschulen und -einrichtungen soll ab jetzt zusätzlich und verstärkt ermöglicht werden. Unter Hinweis auf zahlreiche Schwierigkeiten (wenig Erfahrung, wenig öffentliches Bewußtsein, bauliche u. materielle Voraussetzungen u. a.) wurden die Stadtbezirksräte angewiesen, die Grundlagen dafür zu erarbeiten. Dabei sei besonders auch von Bereitschaft und Initiativen bei Eltern, Betreuern und Lehrern auszugehen. Im zweiten Teil gab die Stadträtin u. a. eine Liste von geplanten strukturellen Veränderungen im Sonderschulwesen an (9./10. Kl. in Hilfsschulen, 3. Hilfsschulzweig, stoffliche Entlastung, neuer Lehrplan für Gehörlose, mehr Einzelstunden, Frühförderung u. a.).

Von den eingeladenen Vertretern des Behindertenverbandes wurden beide Teile der Darlegungen grundsätzlich begrüßt, da sie in Richtung langjähriger Forderungen weisen. Konkretisierend wurden folgende vier Vorschläge unterbreitet:

a) Erarbeitung einer Gegenüberstellung der Vor- und Nachteile von Einrichtungen mit bzw. ohne Integration durch den Magistrat sowie die Stadtbezirksräte.

b) Durchführung umfassender Weiterbildungsveranstaltungen zum Thema Integration für alle Eltern, alle Lehrer, etc.

c) kurzfristige Genehmigung und Unterstützung von Integrationsprojekten verschiedener Art.

d) Erhebung der momentan und zukünftig notwendigen Veränderungen in Sonderschulen und -einrichtungen durch eine umfangreiche Befragung der **Kinder**, Eltern und Sonderpädagogen aller Sondereinrichtungen mit öffentlicher Auswertung.

Forum und Schulratsberatung bestätigen: Initiative von unten ist gefragt! Mischt Euch ein und — falls die Kraft reicht — teilt uns die Ergebnisse mit!

AG „Bildung für alle", Märkisches Ufer 28 Berlin, 1020

★ ★ ★

Post an uns

Handwerkliche Gemeinschaft Behinderter „Otto Perl"

Ende 1986 begannen mein Schwager und ich mit dem Aufbau eines Behindertenbetriebes. Die Idee dazu entstand durch Überlegungen, was ich machen könnte, wenn ich nach über 2 Jahrzehnten Heimaufenthalten mit meiner Frau in einer eigenen Wohnung wohnen würde, um den Tag sinnvoll zu verbringen. Da ich einen sehr hohen Halswirbelbruch habe, wurde ich nicht rehabilitiert. Dadurch konnte ich über Jahre keiner sinnvollen Arbeit nachgehen. Eine handwerkliche Tätigkeit kam nicht in Frage, so übernahm ich die Buchhaltung, in die ich mich recht gut eingearbeitet habe.

Als Gewerbe hatten wir uns für Tiffany-Produkte entschieden wie auch für Hinterglasmalerei und Arbeit mit Holz. Die Tiffany-Technik kann gut von Behinderten ausgeführt werden.

Beim Aufbau der Werkstatt sind wir davon ausgegangen, daß es wichtig ist, Behinderten eine sinnvolle, kreative und vor allem verantwortungsvolle Arbeit zu ermöglichen, d. h. nicht nur gut gearbeitete Produkte herzustellen, sondern intensiv in der Leitung des Betriebes mitzuarbeiten. Hauptaugemerk wird dabei auf die Übernahme von Verantwortung gelegt mit den dazu gehörenden Konsequenzen. Genauso wichtig ist, daß wir von Anfang an Schwerstbehinderten die gleiche Chance geben wollten, an dieser Arbeit teilzuhaben, um ihr Selbstwertgefühl zu heben. Wir sind dabei von der Überlegung ausgegangen, einen finanziellen Ausgleich zu schaffen, damit nicht der schwerer Behinderte noch einmal bestraft wird, nur weil er nicht so viel bringen kann wie sein nicht so schwer behinderter Kollege, obwohl er an seine Leistungsgrenze geht. Das erfordert solidarisches Verhalten jedes Einzelnen.

Wichtig ist auch, daß wir von Anfang an finanziell unabhängig waren. Wer Geld gibt, will mitreden und bestimmen!

Das heißt, daß jeder Pfennig, der ausgegeben wird, vorher verdient werden muß. So ist es bis heute geblieben. Natürlich verlief die Entwicklung des Aufbaues nicht so glatt, wie es jetzt scheinen mag. War es doch etwas völlig Neues, und so blieben Fehler nicht aus. Unser größtes Handicap waren fehlende Arbeitsräume, so daß wir kaum Öffentlichkeitsarbeit machen konnten.

In der Zwischenzeit hat sich das mit Hilfe staatlicher Stellen gebessert. Ohne die große Unterstützung kirchlicher und staatlicher Stellen, die wir vom ersten Tag an bekamen, hätten wir den jetzigen Stand der Werkstatt noch nicht erreicht.

Seit September 1989 hätten wir die Mögichkeit, einen Behinderten als Tiffany-Glaser auszubilden. Durch die bisher fehlenden Arbeitsräume konnten wir leider noch nicht damit beginnen. Diese Ausbildung ist bisher nur für Behinderte vorgesehen; ob sich das ändert, werden wir sehen.

Wie sich die Wende auf unsere Werkstatt auswirkt, ist noch ungewiß. Wir denken aber doch, in einem anderen Wirtschaftssystem eine Chance zu haben. Um diese Chance nutzen zu können, wird es notwendig sein, uns steuerliche Vorteile zu gewähren. Durch begleitende und unterstützende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung unseres Betriebes (z. B. Gesetze, Verordnungen) von seiten des Staates wird die Existenz von Behindertenbetrieben möglich sein.

Siegmar Schulze Magdeburg

Selbsthilfegruppe Dialyse – Warum?

Seit dem 7. 11. 1989 bin ich Dialysepatientin. Obwohl ich viele Jahre wußte, daß dieser Tag kommt, brach für mich eine Welt zusammen. Ich hatte nur das Gefühl des „Ausgeliefertseins" an eine mir unbekannte, unheimliche Technik. Da war sie nun, dreimal wöchentlich für vier Stunden, die künstliche Niere, leuchtende Lampen, die Kapillare und das Schlauchsystem. Zu meiner seelischen Not kam das miserable Befinden nach den ersten Dialysen. Fragen wie: Fördert mein Shunt genug Blut? Bekomme ich wieder diese wahnsinnigen Kopfschmerzen? Werden Krämpfe, Hautjucken, Kreislaufbeschwerden oder Erbrechen auftreten? Wie wird der nächste Dialysetag? – bestimmten seitdem mein Leben, dazu ständig quälender Durst. Es hat einige Wochen gedauert, bis ich wieder persönliches Selbstvertrauen gewann und mich zu der Einstellung durchrang, daß nicht mich die Maschine beherrscht, sondern ich beherrsche mit Hilfe der Dialyseschwerstern und Ärzte die Maschine. Die Maschine hilft mir und ist meine einzige Überlebenschance!

In unserem Dialysezentrum in der Medizinischen Akademie Magdeburg werden alle Maschinen zweischichtig und auch am Wochenende genutzt, lange Transportzeiten, sehr unterschiedliche Qualität der Kapillaren und damit des Dialyseverlaufs sind ganz normal. Ärzte und Schwestern sind oft überfordert. Zeit für persönliche Zuwendung ist kaum vorhanden.

Daß man als Dialysepatient aber auch anders leben kann, habe ich, zusammen mit noch anderen Patienten, in Malente in der Ostholsteinischen Schweiz im Dialyseinstitut von Herrn Dr. Rathke kennengelernt.

„Feriendialyse" – für DDR-Dialysepatienten bisher unvorstellbar, wurde zu einem unvergeßlichen Erlebnis für uns alle. Körperliches und seelisches Wohlbefinden, auch am Dialysetag, bestimmten die schöne Zeit, die ich sogar zusammen mit meinem Mann verbringen durfte.

Erste Kontakte mit dem IVDD (Interessenverband der Dialysepatienten Deutschlands) wurden geknüpft und – beeindruckt von der Solidarität der Dialysepatienten untereinander in der BRD – nun bin ich dabei, mit Hilfe des Vorsitzenden unseres Verbandes der Behinderten im Bezirk Magdeburg eine Selbsthilfegruppe für Dialysepatienten, chronisch Nierenkranke (die auf die Dialyse hinsteuern), Transplantierte und alle Betroffenen zu gründen. Gesammelte Erfahrungen und Eindrücke müssen weitergegeben werden. Damit können wir helfen, Ängste abzubauen. Wir sind die „Experten" für unsere Krankheit!

Warum soll es uns chronisch Nierenkranken in der DDR nicht auch gelingen, uns untereinander zu helfen, langfristig etwas für die Verbesserung unserer Lebenssituation zu tun? Hilfe aus der BRD ist sehr willkommen, aber wir selbst müssen aktiver werden. In der heutigen Zeit haben wir alle Chancen! Hilfe durch Selbsthilfe muß unser Motto sein. Das Leben kann auch mit der Dialyse schön sein, man muß es nur dazu bringen!

Barbara Kunth
Magdeburg

* * *

Wir haben seit über zehn Jahren einen regelmäßigen Gesprächskreis für Körperbehinderte in unserer Dienststelle. Es ist eine Art Selbsthilfegruppe. Außer dem monatlichen Treffen haben wir schon gemeinsame Urlaubszeiten, Sommerfeste und anderes mehr in Gang gesetz. Mir persönlich liegt die Arbeit mit Körperbehinderten am Herzen!

Sonja Fischer
Zweigstelle für Innere
Mission und Hilfswerk
im Kirchenbezirk Auerbach

★ ★ ★

Die bevorstehende Gründung eines Behindertenverbandes für alle Behinderten halte ich für dringend nötig. Auch ich bekenne mich zur Idee des Sozialismus, auch wenn ich Christ bin (parteilos). Ich glaube, beide Richtungen haben viel Gemeinsames. Auch im Namen des Christentums wurde viel Unrecht begangen, aber es haben sich immer wieder Menschen gefunden, die zum Grundgedanken zurückgefunden und ihn weitergetragen haben. Ich hoffe, daß dies auch mit der kommuistischen Idee geschieht.
Ich würde einen Behindertenverband auf Grundlage des Vorschlages von der Rollstuhl-Sportgruppe Rudolstadt-Saalfeld (STÜTZE 2/90) befürworten. Eine parteiliche Finanzierung oder staatliche lehne ich ab. Für die Gründungsversammlung wünsche ich sehr viel Erfolg, vor allem, daß sich die vielen bestehenden Gruppen und Verbände zu diesem gemeinsamen Dachverband bekennen.

Siegfried Jukiel
Triebes/Thüringen

★

Am 3. März haben wir für den Kreis Königs Wusterhausen einen Behindertenverband gegründet, in dem sowohl die geistig Behinderten als auch die körperbehinderten Bürger Mitglied werden können. Ich bin 64 Jahre alt und Kriegsbeschädigter (oberschenkelamputiert seit 1944). 46 Jahre gehöre ich nun schon in der DDR der „Schicht der Totgeschwiegenen" an.

Auf der Gründungsversammlung wurden viele Probleme angesprochen, unter anderem dieses, für das Sie sich bitte mit Nachdruck einsetzen möchten: sofortige Befreiung von den Genehmigungsgebüren für die Einfuhr von Kraftfahrzeugen für schwer Gehbehinderte (Beinprothesenträger und Rollstuhlfahrer) nach Anordnung Nr. 6 vom 3. 11. 89 (Gbl. Nr. 77 S. 246).
Wenn schon ein Behinderter das Glück hat, einen Pkw ohne Wartezeit „von drüben" zu bekommen, so muß er noch „Strafgebühren" in Höhe von wenigstens 3 000,– bis 5 000,– Mark bezahlen. Für einen Gehbehinderten ist doch ein Pkw kein Luxusartikel wie für viele andere Bürger.

Guido Gube
Zeuthen

★

Als **Symbol** schlage ich folgendes vor: Behinderung, Recht, Engagement und Hoffnung, dargestellt in Form eines stilisierten Herzens, grün lasiert mit eingelegten Symbolen (Paragraphenzeichen und Behindertenzeichen).
Mitarbeit in Volksvertretungen sollte auf ständige Komitees beschränkt

bleiben. Der Behindertenverband sollte nicht als Mandatsträger auftreten. Der oganisatorische **Verbandsaufbau** sollte in folgenden Ebenen erfolgen:

1. Ebene: Interessengruppen, Elterngruppen, Einzelmitglieder usw. werden in ihrer Arbeit unterstützt, angeleitet usw. durch die

2. Ebene: Kreisverband, ist zuständig für Finanzarbeit, Öffentlichkeitsarbeit und Koordinierung der territorial erforderlichen AG zur Lösung von kommunalen Problemen. (Sprechstunden) Informationen an und Anleitung durch die

3. Ebene: Bezirksverband, ist zuständig für die Anleitung und Koordinierung der Kreisverbände. Redaktionelle Bearbeitung der Informationsblätter, Pressemitteilungen zu wichtigen Ereignissen bzw. Problemen, Bearbeitung der Informationen aus den Kreisen und Weiterleitung an die

4. Ebene: Verband, Auswertung der Bezirksinformationen, Berufung von Fach-Arbeitsgruppen, die republikweit an der Bearbeitung von Fachthemen arbeiten. Diese AG werden aus der Basis berufen; Vertreten des Verbandes in der Öffentlichkeit; Herausgabe der STÜTZE.

Die „Mindestanforderungen für bauliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen" sollten dahingehend ergänzt werden, daß für einen gewissen Anteil der Neubauwohnungen behindertengerechte **Garagen** als Ausstattungsvariante vorgesehen werden. Behindertenfahrzeuge sind orthopädische Hilfsmittel, die ständig verfügbar und betriebssicher sein müssen.

Betreffs der angekündigten Hilfe zur Ausstattung mit Hilfsmitteln aus der BRD schlage ich eine zeitweilige AG vor, um die Erfassung des Bedarfs usw. konzentriert bearbeiten zu können.

Lothar Brüning
Teltow

★

Ich selbst bin behindert (Wehrdienstbeschädigung). Ich begrüße Eure Initiative, solch einen Verband auf die Beine zu bekommen. Ich bitte Euch, dabei nicht die Kriegsbehinderten und Wehrdienstbeschädigten zu vergessen.

Ich muß sagen, die Renten sind für alle Behinderten zu gering. Sie kommen ja überhaupt nicht in den Genuß der Zusatzrentenversicherung, weil sie entweder gar nicht arbeiten können oder nicht so viel verdienen bzw. verdient haben, um diese Rente überhaupt abzuschließen.

Bis zum Erhalt der Invalidenrente 1970 bekam ich eine Kriegsinvalidenteilrente, die 3/10 Rente. Ab 1970 bekam ich dann 220,– Mark mit zwei Kindern. Die Kriegsinvaliden-Teilrente kam sofort in Wegfall *(Dagegen beschwerte sich Herr Heinrich und bekam zur Antwort, daß immer nur die höchste Rente gezahlt wird – M. Sch.)*. Bei der VP, VdN, Kampfgruppen, früheren Stasi-Angehörigen wurde mehr Rente gezahlt bzw. die auf das Einkommen errechneten Renten erhöht. Was für eine Rente bekommen die alten Herren vom Politbüro und der Regierung? Sie haben ja die Republik in den Abgrund geführt. Sie dürften jetzt nur noch die Mindestrente erhalten. Viele Stasi-Leute bekamen zwischen 3 000,– und 5 000,– Mark Gehalt und die 109 000 Spitzel monatlich auch noch etwa

500,– Mark. Das wird doch jetzt eingespart, und da können die Behinderten auch eine höhere Rente beanspruchen.

Hans Heinrich
Steinbach

*

Wir sind beim Aufbau einer Selbsthilfewerkstatt für Spielmittel und Hilfsmittel für Behinderte. Viele Jahre arbeiteten wir fast ausschließlich in Holz, aber die Hilfe zur Selbsthilfe beschränkt sich nicht auf bestimmte Materialien. Seit Öffnung der Grenzen arbeiten wir gemeinsam mit Eltern in der Erfinderwerkstatt Westberlin, die Mobile für Behinderte entwirft und gestaltet. Dort haben wir gute materielle Varaussetzungen und können unsere gemeinsamen Ideen verwirklichen.

Jeden Samstag herrscht dort rege Erfindertätigkeit für Ost und West, denn Einzelanfertigungen, wie Zweisitzer mit vier Rädern, sind auch bei Westberlinern gefragt und vor allem ein finanzielles Problem.
Die ersten Produkte dieser deutsch-deutschen Zusammenarbeit fahren bereits in der Tagesstätte Eichbuschallee Berlin-Treptow.

Markus Obstück
Bahnhofstraße 8
Bernau, 1280

Wir danken allen Lesern für die zahlreichen Briefe mit den vielen wichtigen Anregungen, Ideen, Meinungen und auch Problemschilderungen. Wenn wir auch nicht schnell und ausfühlich beantworten können, helfen sie uns doch bei unserer Arbeit und bei der Gründung des Verbandes. Deshalb bitten wir Sie, schreiben Sie uns weiterhin. Wir freuen uns auf Ihre Post.

Marion Schulzke

* * *

Gedanken nach der Volkskammerwahl

Es war für mich ein wichtiges und spannendes Ereignis, mich in geheimer Wahl frei zu entscheiden. Für dieses verfassungsmäßige Recht haben viele Menschen gekämpft, insbesondere in den neuen Parteien und politischen Vereinigungen. Deren Mitglieder, auch Vertreter unseres Behindertenverbandes und parteilose Bürger, wirkten in den Wahlkommissionen und -vorständen mit, so daß die Wahl, an der sich über 90 Prozent beteiligten, nicht manipuliert wurde. Zur Kommunalwahl dürfen sich alle Verantwortlichen aufgefordert fühlen, nur rollstuhlgerechte Wahllokale einzurichten. Ich wünsche allen Abgeordneten Freude und Erfolg für ihre neue Arbeit, besonders in der Koalitionsregierung.

Einige Dinge möchte ich ihnen mit auf den Weg geben.

Wir brauchen eine effektive Wirtschaft, die die soziale Integration aller Menschen, der sogenannten „Randgruppen", von vornherein einschließt. Das heißt, ihnen ein menschenwürdiges, selbstbestimmtes Leben möglich macht. Dazu ist die soziale Absicherung als Rahmen für die Marktwirtschaft zu wenig. Sie gesteht jedem, der sich kümmert, ein Lebensminimum zu. Damit ist aber keine gleichberechtigte Teilnahme am gesamten

gesellschaftlichen Leben möglich. Die muß immer wieder stückchenweise hart erkämpft werden. Hierbei sehe ich es als eine Aufgabe des Behindertenverbandes an, in der Öffentlichkeit für einen breiten Konsens unserer Interessen als gesamtgesellschaftliches Anliegen zu wirken. Es muß erreicht werden, daß dieser von möglichst allen politischen Kräften mitgetragen wird.

Für die Betriebe sind dringend steuerliche u. a. Anreize notwendig, die sie zu solidarischem Verhalten animieren. Sollte ein Betrieb trotzdem bei sich keinen Arbeitplatz einrichten, muß mit der Ausgleichsabgabe einer in einem anderen Betrieb voll finanziert werden.

In diesem Zusammenhang muß protestiert werden gegen eine Entscheidung des noch amtierenden Ministerrats, für die Ausgleichsabgabe einen Betrag von 250,– Mark festzulegen. Das ist einfach lächerlich und wenig integrativ. Die betreuenden Personen sind dabei, wie schon oft, vergessen worden. Das gleiche gilt für eine ähnliche Verfahrensweise in der anderen deutschen Republik. Wie schon gesagt, es fehlt eine integrative Gesetzgebung, die die Effektivität der Wirtschaft und das Leben von Menschen mit Behinderungen, chronischen oder psyhisch kranken und alten Menschen gleichermaßen fördert.

Nun zum Lebensminimum, das in den Sozialfürsorge(-hilfe) sätzen zum Ausdruck kommt. Das ist die Unterstützung zur Finanzierung des Lebensunterhalts, die der Staat bereit ist Menschen zu geben, die erwerbsunfähig sind und keine anderen Einkünfte haben.

Nur das Recht auf einen Lebensunterhalt, der nicht jedes Jahr neu beantragt werden muß, damit der Mensch nicht in die Abhängigkeit bzw. Vormundschaft von Gutachtern gerät, ist wirkliche Hilfe durch die Solidargemeinschaft. Auch finanziell schwache Menschen haben das Menschenrecht auf Respektierung ihrer Individutlität, sprich ihrer Persönlichkeitsrechte.

Diese sind gefährdet durch den geltenden Unterstützungsbetrag (+Mietbeihilfe) der Sozialfürsorge von monatlich 330,– Mark, der in den vergangenen sechs Monaten um 40,– Mark erhöht wurde und die Mindestrente von ebenfalls 330,– Mark. Zum Vergleich, die Armutsgrenze liegt nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bei 50 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens im Landesdurchschnitt, welches bei uns 1989 ca. 850,00 Mark beträgt.

Das Fazit ist, es gibt bei uns schon einen erheblichen Teil Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze bzw. mit zusätzlichen Unterstützungen nahe dieser Grenze leben.

Wir fordern die neue handlungsfähige Regierung auf, trotz anstehender Währungsunion, diese schlimmen Zustände schnellstens zu ändern. Der Behindertenverband erwartet weiter die Bildung eines interministeriellen Organs für Behindertenpolitik bei der Regierung und eines entsprechenden Volkskammerausschusses. Für notwendig erachte ich die Festschreibung einer Anhörungspflicht von außerparlamentarischen Interessenvertretungen durch die Volkskammer in der Verfasung und ebenso des Rechtes auf eine Verfassungsklage durch Gruppen und Verbände.

Den Abgeordneten und den Mitarbeitern in den staatlichen Institutionen muß bewußt werden, daß sie an 1,5 Mill. Menschen mit Behinderungen und seelischen oder chronischen Krankheiten, nicht zu vergessen dazu die Angehörigen und alten Menschen, nicht vorbeikommen.

Wir müssen unsere Interessen in die gesamte Gesellschaft hineintragen und in sozialen Grundsatzforderungen einig sein. Dazu gehört auch Druck über die Medien.

Wir setzen uns im Prozeß des Zusammenwachsens der beiden Republiken aktiv für Erhaltenswertes und die Abschaffung von Negativem in beiden ein. In diesem Kampf um soziale Rechte freuen wir uns über die gute Zusammenarbeit mit Betroffenen und Engagierten im anderen Teil Deutschlands, die jetzt begonnen hat.

Ralph Loell

Infos / Meldungen

Hilfe ● Hilfe ● Hilfe ● Hilfe ● Hilfe ● Hilfe ●

Unser Verband braucht ein Symbol!
Wer hat Ideen?
Zeichnungen schnellsten an DIE STÜTZE
Für die beste Idee: ein kostenloses Jahresabonnement

★

Die Elterngruppe in Treptow bemüht sich um einen **integrativen Kindergarten** in der Eichbuschallee 4/6. Die Eltern stehen auch mit einer Partnergruppe in Neukölln in Verbindung. Kontaktadressen: Elke Kubowski, Stubenrauchstraße 65a, Berlin, 1197, Telefon: 2 20 20 91 / App. 40 dienstlich, und 6 37 61 58 privat.

★

Frau Petra Stefan, Probststraße 1, Telefon: 2 12 48 58 privat möchte eine Selbsthilfegruppe **„Für ein selbstbestimmtes Leben"** aufbauen. Interessenten bitte bei ihr melden!

★

Der Berliner Behindertenverband möchte Menschen, die Hilfe geben wollen, mit denen, die Hilfe brauchen, zusammenführen. Wir hoffen auf Ihre Bereitschaft und freuen uns, Sie den Hilfesuchenden vermitteln zu können. Das macht unsere Geschäftsstelle, die sich auch noch viele Helferinnen und Helfer wünscht. (Märkisches Ufer 28, Berlin, 1020;
Telefon: 2 74 14 46 / 56—mo u. do v. 14.00—18.00 Uhr)

★

Jörg-Michael Schulze, Sprecher unserer Arbeitsgruppe Rechtsfragen, arbeitet seit 1. April als Rechtsanwalt. Er widmet sich vornehmlich den Rechtsfragen der Bürgerinnen und Bürger mit Behinderungen und hilft ihnen, wenn sie sich in einem Rechtskonflikt befinden. Das vorläufige Büro ist in der Paul-König-Straße 26, Berlin-Hohenschönhausen, 1092; Telefon: 3 76 68 94

★

Eine **Benefiz-Veranstaltung** wurde vom Verband der Freidenker und der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft gemeinsam mit dem Berliner Behindertenverband vereinbart. Sie soll am 30. Juni im Haus der sowjetischen Wissenschaft und Kultur stattfinden. Wir rufen alle interessierten Kunstschaffenden, die ihre Werke ausstellen oder verkaufen könnten, Kulturgruppen, Discotheker und Bands auf, sich in der Geschäftsstelle zu melden, um zum Gelingen der Veranstaltung beizutragen.

★

Schwer- und Schwerstbehinderte, die ein Kraftfahrzeug (PKW oder DUO) zur Sicherung ihrer Mobilität benutzen und Interesse an **Motortouristik**, motorsportlichem Erfahrungsaustausch, Informationen, Motorsport und motorsportlichem Zusammensein haben, sind in unserem MC herzlich zur Teilnahme eingeladen.

Zusammenkünfte finden jeweils am 2. Mittwoch eines jeden Monats um 18.00 Uhr statt, im Jugend-Klubheim „Maxim Gorki", Charlottenburger Straße 127 in Berlin-Weißensee. Eventuell telefonische Auskünfte erteilt der stellvertretende Vorsitzende und Geschäftsführer Dieter Jansa unter Telefon: 4 39 95 96

Gerhard Schulz
Vorsitzender des MC

★

Zur Interessenvertretung auf Kfz angewiesener Schwer- und Schwerstgehbehinderter wird eine Analyse notwendig, die eindeutig das Erfordernis zur weiteren Bereitstellung eines speziellen **Versehrten-Klein-Kfz** mit hohem technischem Niveau als Ablösung des DUO nachweist oder ad absurdum führt.

Derzeitige DUO-Nutzer werden gebeten, ihre Meinung kurz gefaßt schriftlich zu richten an Ing. Horst Steinert, Heerstraße 40, Fach 231/1, Berlin 1144, der die Analyse im Auftrag des Behindertenverbandes erstellen wird. Die Zuschriften werden nicht einzeln beantwortet; das Analysenergebnis wird in der STÜTZE veröffentlicht. Bei den Meinungsäußerungen sind Alter des Nutzers, Hauptnutzungsart des Fahrzeuges und Jahresfahrleistung anzugeben. Weiterhin ist unter Berücksichtigung der persönlichen Bedürfnisse, der sozialen Verhältnisse, der Anschaffungs- und Betriebskosten, der Parksituation usw. kurz die eigene Meinung zu Pkw oder Spezial-Klein-Kfz darzulegen.

Dr. Stefan Heinik
Reha-Technik / Versehrten-Kfz.

★

Am 22. Mai 1990 findet im FEZ Berlin-Wuhlheide, im ehemaligen Pionierpalast, ein **Spielforum** für behinderte und nichtbehinderte Kinder statt. Am Vormittag wird unter anderem behindertengerechtes Spielzeug vorgestellt. Am Nachmittag von etwa 15.00 bis 17.00 Uhr können die Kinder gemeinsam spielen.

★

Ebenfalls im FEZ Berlin-Wuhlheide findet am 28. September ab 14.00 und am 29. September von 10.00 bis 16.00 Uhr das fünfte **Spiel- und Sportfest**

für geistig behinderte Kinder, Jugendliche und Erwachsene statt. Organisiert wird die Veranstaltung vom Reha-Zentrum Berlin, das alle Interessenten der Stadt einlädt. Diese melden sich bitte bei: Brigitte Prang, Reha-Zentrum, Bereich Bildung/Kultur, Archenholdstraße 102, Berlin 1136, Telefon: 5 25 21 23.

★

Jeden zweiten Dienstag im Monat findet im Kulturhaus Berlin-Rummelsburg von 18.00 bis 21.00 Uhr eine **Disco** für geistig behinderte Jugendliche und Erwachsene statt. Der Eintritt beträgt 1,– Mark. Die erste Disco wird am 10. April sein. Das Kulturhaus befindet sich in der Hauptstraße 7 (Kaserne) in der Nähe des S-Bahnhofs Nöldnerplatz, erreichbar mit den Straßenbahnen 13 und 82 sowie den Bussen 43, 30 und 96.

★

Die Sportgemeinschaft Rudern/Paddeln/Wasserwandern für alle Menschen mit Behinderungen und Interessierte, die ohne Behinderung, freut sich immer auf neue Mitglieder.
Bootshaus der Versehrten, Am Wilhelmsstrand 5, Berlin, 1160, Kontakt über Dr. Walter Pohl, Telefon: 3 40 01 12/App. 774

★

Bei der Barmer Ersatzkasse in 1000 Berlin(West) 62, Hauptstraße 13/14, kann man eine Broschüre mit dem Titel: „Tausend Tips für Behinderte" bestellen.

★

Die Arbeitsgruppe Rehabilitationstechnik hat zunächst folgende problemorientierte Aktive gebildet:

1. Versehrtenkraftfahrzeuge
2. Rollstühle (einschließlich Hebetechnik)
3. Kommunikationstechnik
4. Spielzeug
5. wissenschaftliche Beratung

Die Arbeitsgruppe ruft alle auf, ihre Arbeit zu unterstützen. Bei Bedarf werden weitere Aktive gebildet.

★

Die Deutsche Post gibt jetzt an neu hinzukommende Fernsprechteilnehmer Tastentelefone mit Wiederholtaste aus. Alle, die schon eine Anschlußnummer haben, können bei der Fernsprechannahmestelle des Fernsprechamtes ein solches unter Angabe von Gründen zum Austausch gegen eins mit Wählscheibe beantragen. Kann der Teilnehmer zur Abholung nicht selbst zum Fernsprechamt, sollte er im Antrag um einen Austausch in der Wohnung bitten.

★

Eine Broschüre mit speziellen Infos für Menschen mit Behinderungen zum 90. Deutschen Katholikentag in Westberlin kann bestellt werden bei: Geschäftsstelle des Katholikentages, Götzstraße 65, 1000 Berlin 42

Freie FDGB – Reisen
Ein Zweibettzimmer vom 22. 12.–4. 1. 91 Klink (Rollstuhlfahrer)
Ein Dreibettzimmer 17. 8.–30. 8. 90, Himmelpfort (Zöliakie)
Melden beim FDGB-Reisebüro, Koll. Wiegandt o. Kolln. Wehmann
Telefon: 2 78 22 465 / 63 / 66

★

Der Sowjetische Klub für Behinderte wünscht sich zahlreiche Briefkontakte mit Behinderten in der DDR in deutsch oder russisch. Inna Masurenko bietet sich als Dolmetscherin an.

PAIDE RAJ.; AMBLA – SJSK, REINEVERE P. K. 44, CCCP Estland 202830

★

Zur großen Fete vor dem 1. Mai lädt die PDS, am 30. April, Menschen mit und ohne Behinderung in die Grünauer Straße 7 (Nähe S-Bhf. Schöneweide) zu 16.00 Uhr ein.

★

„AKTION GEBRAUCHT HILFT AUCH"

Der Landesverband zur Förderung Körperbehinderter e. V. Niedersachsen vermittelt mit Hilfe einer sich im Aufbau befindenden EDV-Kartei Spenderadressen für gebrauchte wie auch neue Heil- und Hilfsmittel, Therapiegeräte, therapeutisches Spielzeug u. ä. Näheres für Einzelpersonen und Gruppen über Frau W.: Wurps-Bartels, Großer Stein 16, D 2950 Leer/Ostfr., für Institutionen über Herrn P. Schneidereit, Postfach: 1427, D 2150 Stade

★

Private Personenbeförderung für Behinderte zur Zeit über Kontakttelefone von 7.00–23.00 Uhr Telefon: 5 41 26 21 / 3 49 46 28 / 3 49 43 44
ab Anfang April über das Funktaxinetz von VEB Taxi

★

Die Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen Berlin/DDR im Behindertenverband lädt am 18. April, um 20.00 Uhr, alle Mitglieder und Interessierten zu einer Versammlung in das Kulturhaus Rummelsburg (Hauptstraße 7) ein.

★

Eine Initiative von Angehörigen hörgeschädigter Menschen in der DDR hat sich auf einer Beratung von Elternvertretern aller Gehörlosen- und Schwerhörigenschulen gebildet.

Forderungen sind die Bildung eines Volkskammerausschusses und eines Organs für Behinderte bei der Regierung sowie eine neue Rehabilitationsgesetzgebung.

Kontakt: Klaus Dickel, K.-M.-Allee 90, Berlin, 1017
Maritta Felkel, Körnerstraße 4, Erfurt, 5080
Evelin Otto, G.-Keller-Straße 85, Dresden, 8029

★

Das Gründungskomitee einer „Krebshilfegesellschaft der DDR" hat sich

in Erfurt konstituiert. In Zusammenarbeit mit breiten Kreisen der Bevölkerung und dem Gesundheitswesen wollen sie den Bereich ausfüllen, der staatlich nicht gesichert werden kann. „Lebenshilfe ist notwendige Überlebenshilfe".

Kontakt: Krebshilfe der DDR, postlagernd, Erfurt, 5010
Telefon: Manfred Biederbick (Sekretär) 41 51 52
Ilse Holz 2 82 65; Siegfried Krause 41 37 70

★

Hilfe für Lehrlinge bei der Arbeitsplatzsuche durch die Abt. Berufsbildung und -beratung des Magistrats
Kontakttelefon: 5 20 13 21 App. 58; Mo.–Fr. v. 8.00–16.00 Uhr

★

Meldungen

Die Geschäftsstelle des Bundes der Allergiker und Asthmatiker ist in der W.-Pieck-Straße 178, Berlin, 1040; Telefon: 2 82 97 07.

Gespräche sind nach Vereinbarung möglich.

★

Eine Disco für Menschen mit Behinderungen findet am 24. April um 18.00 Uhr im Kurt-Lade-Klub Pankow (ca. 10 Stufen) in der Parkstraße statt.

★

Alle kulturinteressierten Betroffenen in Pankow sind am 2. Mai um 16.00 Uhr in den rollstuhlzugänglichen Cäsar-Horn-Club der Volkssolidarität in die Florapromenade 29 recht herzlich eingeladen. Bei Kaffe und Musik wird über ein künftiges Freizeitzentrum für Menschen mit und ohne Behinderung beraten.

★

Die Endrunde der Rollstuhlbasketballsaison 1990 findet am 5. und 6. Mai (Das Meisterschaftsspiel) in der Sporthalle Ladeburger Chaussee (gegenüber dem Krankenhaus) in Bernau statt.

★

Hauswirtschaftspflege durch die Volkssolidarität wird aus dem Staatshaushalt finanziert, wenn das monatliche Nettoeinkommen des Bürgers 600,– Mark, bei Ehepaaren 800,– Mark nicht übersteigt, darüber anteilmäßige Eigenfinanzierung mit 30 Prozent des übersteigenden Nettoeinkommens.

(Anm. d. Red.: Wir erwarten von der neuen Regierung eine Regelung, die Chancengleichheit schafft, damit auch andere Träger und Selbsthilfegruppen bzw. -vereine diese Finanzierungsmöglichkeit in Anspruch nehmen können. Wir würden uns über eine entsprechende Nachricht freuen).

★ ★ ★

Verbraucherschutz

Mit Interesse und Sympathie haben wir von Ihren Bemühungen zur Formierung eines Behindertenverbandes der DDR gehört. Wir denken, daß auch und gerade der Schutz der Behinderten als Verbraucher sowie die **Formulierung ihrer spezifischen Anforderungen** (von der Struktur des Warenangebots bis hin zu den Einkaufsbedingungen) stärker als bisher zur Geltung gebracht werden muß. Gerade in diesem Punkt sehen wir eine Möglichkeit, das Anliegen Ihres Verbandes in Zukunft zu unterstützen. Wir würden uns also freuen, wenn Sie mit uns in Verbindung treten könnten, um unseren Kenntnisstand über die dringendsten Aufgaben auf dem Gebiet der Verbraucherberatung und -information wie auch des Verbraucherschutzes für behinderte Menschen in diesem Land zu vertiefen und konkrete Aufgaben daraus ableiten zu können.

Wolfgang Weist
Krossener Straße 18
Berlin – 1035

(Anm. v. I. S.: Solche Kontakte unter natürlichen Verbündeten halte ich für unverzichtbar. Das gewählte Präsidium wird sie ebenso knüpfen wie Gruppen an der Basis. Deshalb veröffentlichen wir hier die vollständige Anschrift des Autors, der im Namen des Verbandes für Verbraucherschutz der DDR schreibt.)

★

Rheumaliga im Behindertenverband

Der Gründungsaufruf für die Bildung einer Rheumaliga im Ostteil unserer Hauptstadt wird durch den Patientenbeirat der Rheumapoliklinik des Klinikums Buch (besteht seit 9 Jahren) herausgegeben und ist mit der Bezirksstelle der Rheumaliga Berlin-West abgestimmt.

Unser abgestimmtes Ziel ist es, mit und auf unsere Patienten im weitgefächerten Kreis einzuwirken und damit eine wirksame Hilfe für sie zu sein.

Ziel wird es natürlich auch sein, einmal im zentralen Behindertenverband mitzuwirken (wenn wir entsprechende Gremien gebildet und ausreichend Freunde zum Mitmachen gewonnen haben).

Dietmar Graul
Mönchmühlenallee 9
Mühlenbeck – 1409

(Anm. v. I. S.: Leider können wir den Aufruf in der STÜTZE nicht veröffentlichen. Mit dem obigen Abdruck der Kontaktadresse hoffen wir aber, daß jeder Interessierte den Weg zur Rheumaliga findet.)

★ ★ ★

Kontaktadressen

● Achtung neu: Verband der Behinderten im Bezirk Magdeburg, Vors. Dr. Rolf Kießig, Gerhard-Hauptmann-Straße 16, Magdeburg, 3060, Telefon: 37 72 91

- Arbeitsgemeinschaft Spina bifida und Hydrocephalus, Regina Andrich, Gülzower Straße 100, Berlin, 1153
- Behindertenverband, Stadtbezirksgruppe Berlin-Hellersdorf, Hans-Jochen Oldenburg, Gülzower Straße 89, Berlin, 1153
- Club ohne Schranken Dessau; Anett Heidemeier, Hallmeyerstraße 18, Dessau, 4500
- Elterngruppe Berlin-Treptow; Fam. Rieck, Springbornstraße 268, Berlin, 1197; Telefon: 6 35 16 57
- Selbsthilfegruppe „Eltern mit schwerstbehinderten Kindern" Ludwig-Jahn-Straße 37, Herzberg, 7930
- Initiativgruppe Dresden zur Gründung eines Interessenverbandes für Nierenkranke: Stephen Zapf, Hochschulstraße 22, Dresden, 8010
- Verband für Behinderte Greiz: Max Schult, Juri-Gagarin-Straße 4, Greiz, 6600; Telefon: 4 14 09
- Bezirksverband Leipzig: Haus der Demokratie, B.-Göring-Straße 152, Leipzig, 7030; Telefon: 32 84 43 – Montag 17.00–20.00 Uhr
- Vereinigung Lebenshilfe für geistig behinderte Menschen Berlin/DDR; Geschäftsstelle: Alfred-Kowalke-Straße 30, Berlin, 1136; Telefon: 5 10 01 18, – Donnerstag 14.00–21.00 Uhr
  Spendenkonto: 6651-17-179 (Mark der DDR)
  6651-59-31230 (Valuta)
- Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft Verband DDR: Invalidenstraße 120, Berlin, 1040; Telefon: 2 80 51 91 App. 17 u. 21 – dienstags 14.00–17.30 Uhr – Vorstandsmitglied: Dr. Siegfried Schöler, Kremmener Straße 8, Berlin, 1058; Telefon: 2 81 90 30

★

In eigener Sache

DIE STÜTZE wird eine richtige Zeitung, die regelmäßig aller 14 Tage im Verlag Volk und Gesundheit erscheint. Ein Heft wird 1,00 Mark kosten. Wir bitten Sie darum, uns auch weiterhin treu zu bleiben, oder, falls Sie uns jetzt erst kennengelernt haben, es mit uns zu versuchen. Füllen Sie den umseitigen Bestellzettel aus und schicken Sie diesen ab.

DIE STÜTZE hat jetzt die Möglichkeit, sich weiter zu profilieren. Neben alten wird sie sich unter neuen Rubriken auch neuen Themen widmen. Dazu braucht sie Ihre Mitarbeit. Zum Beispiel für die „Hobbyecke", Schreiben Sie uns, warum Sie gerade Ihre Freizeitbeschäftigung bevorzugen, welche Möglichkeiten sie Ihnen bietet, besser mit Ihrer Behinderung zu leben.

In einem Anzeigenteil können Sie in Zukunft Kontakte suchen oder eine(n) Partner(in), eine Reisebegleitung, einen Rollstuhl; oder Sie bieten etwas an, versenden Grüße und vieles mehr. Behindertenspezifische Werbeannoncen helfen der STÜTZE, sich zu finanzieren.

DIE STÜTZE soll stets die Zeitung für Behinderte von Behinderten sein – deshalb sind wir immer daran interessiert, zu erfahren, was Sie lesen möchten, welche Informationen Sie von Ihrer Zeitung erwarten.

Auf gute Zusammenarbeit hofft

Marion Schulzke

Impressum

Herausgeber: AG Öffentlichkeitsarbeit des Berliner Behindertenverbandes
Redaktion: Ralph Loell, Marion Schulzke
Redaktionsschluß: 26. März 1990

Postanschrift: Märkisches Ufer 28, Berlin, 1020

Gesamtherstellung:
(Wir danken dem Zentralvorstand des Bundes Freier Demokraten recht herzlich, der uns bereits das zweite Mal half, so daß wir auch DIE STÜTZE 5/90 in eigener Verantwortung schnell herausbringen konnten.)

Muß bis zum 10. des Monats vor Beginn des Inkassozeitraumes beim zuständigen Postzeitungsvertrieb vorliegen!

560-001

WGr/SGr

Bestellung einer Zeitung / Zeitschrift

zu den Bedingungen der Postzeitungsliste und der Postzeitungsvertriebsordnung

Bitte deutlich schreiben! Alle Haushaltangehörigen bestellen unter einer Kundennummer!

Name, Vorname		
Postleitzahl, Wohnort, Straße, Haus-Nr. usw. oder Postfach, Zustellfach		
ab (Datum)	Stück	Titel der Zeitung / Zeitschrift

meine Kundennummer

Datum und Unterschrift

Diese Felder füllt die Post aus!

IN	AN	St	KK
			0 6